

Eins auf die Hucke ...: Der Tv vom 30.11.12 berichtet über ausgeübte Kritik gegen die Dezernentin Frau Birk. Meines Erachtens völlig zu Unrecht! Ich bin sogar der Meinung, hier müsse Frau Birk vor der „Jugendpflege“ geschützt werden.

Es bedarf überhaupt keines Nachdenkens darüber, dass die Dezernentin seit Monaten und Jahren darauf hinweist, dass die Finanzmittel der Stadt im Jugend- und Sozialbereich unzureichend sind und die Zuweisungen dringend reformiert werden müssen. Der Vorwurf von Frau Birk richtet sich dabei immer auch in Richtung Bund und vor allem nach Mainz.

Wenn nun behauptet wird, Frau Birk ordne die Finanzmittel falsch ein, weil sie nicht richtig zwischen „freiwilligen Leistungen“ der Stadt und „Pflichtaufgaben“ unterschieden habe, dann ist dies lächerlich und im Übrigen aus der im TV dargestellten Argumentation nicht ableitbar!

Denn wenn, wie die Kritiker behaupten, „das Landesamt für Soziales hierzu im Februar 2012 eine eindeutige Stellungnahme verfasst hat, dass Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe der Kommune ist“ (TV, 30.11.12), dann muss man in diesem Zusammenhang hinzufügen, dass die ADD ausdrücklich betont, dass „in den Haushaltsverfügungen legen [der ADD, J.V.] wir [hier die Sprecherin der ADD: Eveline Dziendziol, J.V.] immer großen Wert darauf, dass die Einsparungen [die die Stadt aufgrund der Vorgaben der ADD vornehmen muss, damit der Haushalt durch die Landesbehörde ADD genehmigt wird, J.V.] auch auf den Bereich der Pflichtaufgaben bezogen werden“ (TV, ebd.). Nichts anderes hat das Amt von Frau Birk gemacht. Damit zeigt sich die Argumentation des Kritikers aber als selbstwidersprüchlich, denn er wirft Frau Birk ja eine falsche Zuordnung vor, so dass der Jugend- und Sozialbereich nach Meinung des Kritikers in den „Pflichtbereich“ der Stadt fiele, in dem – so die Logik des Kritikers weiter – nicht gekürzt werden dürfe. – Dieser Schluss ist aber, wie das Zitat der ADD-Sprecherin zeigt, eindeutig falsch. Richtig ist dagegen: Die ADD schreibt der Stadt vor, auch im „Pflichtbereich“ Einsparungen vorzunehmen. Wenn dagegen jetzt die ADD so tut, als sei das alles nur eine Empfehlung, der die Stadt überhaupt nicht entsprechen müsse, denn die Einordnung in „Pflicht- und freiwillige Leistung „wird von den Kommunen zunächst in eigener Verantwortung vorgenommen und von uns [der ADD, J.V.] nur auf Plausibilität überprüft“ (ebd.), dann liegt genau in dieser Aussage der Stein des Anstoßes. Die ADD behält sich nämlich im Zweifelsfall auch vor, den Haushalt nicht zu genehmigen, wenn sie keine „Plausibilität“ in den Zuordnungen oder gar Abweichungen feststellen kann. Vor diesem Hintergrund ist es völlig falsch, wenn im TV der Eindruck erweckt wird, die ADD gebe „den schwarzen Peter an die Dezernentin zurück“ (ebd.) und sie tue dies zu Recht!

Die ADD legt „großen Wert darauf, dass die Einsparungen auch auf den Bereich der Pflichtaufgaben bezogen werden“ (ebd.), so heißt der Satz, mit dem die Stadt jederzeit von der Landesbehörde erpresst werden kann! Insofern ist es völlig berechtigt und zugleich auch erstaunlich, dass sich die Grünen in Trier hinter ihre Dezernentin stellen und zugleich damit gegen die Regierungsbeteiligung der gleichen grünen Partei in Mainz auf das Schärfste protestieren. Hier muss sich Mainz als die übergeordnete Landesbehörde bewegen. Diesbezüglich kann es überhaupt keinen Zweifel geben.

Allerdings: Für die eine oder andere Sozialeinrichtung können die Budgetkürzungen durchaus an die Substanz gehen und darum existenzbedrohend sein. Wenn das aber so ist, dann tragen die Fraktionen im Rat insgesamt die Verantwortung, denn sie Verhandeln und stimmen letztendlich ab und damit auch zu. Vor diesem Hintergrund hat die Linke als einzige Partei ein klares Profil, denn sie lehnt jegliche Kürzung konsequent ab, egal ob im Pflichtbereich oder im freiwilligen. Die anderen Fraktionen lavieren sich nur so durch.

Und noch eine letzte Bemerkung: Im Stadtvorstand gibt es durchaus noch eine eigenwilligere Dezernentin als Frau Birk. Der haut aber keiner auf die Hucke. Warum eigentlich nicht?